Verhütung einer Kuba-Revolution

Autor(en): **Little, R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140806

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Haltung gegenüber Kuba ist kaum beispielhaft für die Weltgeltung von Gesetz und Ordnung, die wir stets proklamieren.

Weltfriede wie Friede im eigenen Land erfordern eine schmerzhafte nationale Selbstprüfung, ein Eingestehen bitterer, aber heilsamer Wahrheiten. Beides sind Aufgaben, denen nur vollverantwortliche Führung gewachsen ist — gelegentliche rhetorische Flüge, und seien sie noch so glänzend — sind nicht gut genug. Es ist sicher nicht leicht, heute der Mann im Weißen Haus zu sein. Es ist nicht Mangel an Mitgefühl mit dem Präsidenten und seinen Schwierigkeiten, wenn wir mehr von ihm verlangen (18. Juni).

Zum Besuch Kennedys in Berlin

Vom Besuch des Präsidenten an der Berliner Mauer ist noch ein Detail nachzutragen, das unseres Wissens nirgends in der Schweizer Presse erschienen ist. Vielleicht weil der Vorfall die Deutsche Situation so grell beleuchtet?

Gegenüber dem Podium des Präsidenten an der Mauer erschien auf der DDR-Seite ein Plakat mit folgenden Fragen an Kennedy:

«Im Abkommen von Potsdam verpflichteten sich die USA-Präsidenten Roosevelt und Truman:

den deutschen Militarismus wie den Nazismus auszurotten,

Kriegsverbrecher zu verhaften und sie ihrer Verurteilung zuzuführen,

das Wiedererstehen des deutschen Militarismus zu verhindern,

alle militaristische und Nazi-Propaganda zu verbieten,

dafür zu sorgen, daß Deutschland seine Nachbarn und den Weltfrieden niemals mehr bedroht.

Diese Versprechen sind in der Deutschen Demokratischen Republik (von Adenauer «Ostzone» genannt) erfüllt.

Wann werden diese Versprechen in Westdeutschland und in Westberlin erfüllt werden, Mr. Kennedy?»

Der Präsident las das Plakat, reagierte aber gar nicht darauf.

I. F. Stone's Bi-Weekly, 8. Juli 1963

Verhütung einer Kuba-Revolution

Bodenreform und soziale Gerechtigkeit hätten die Revolution in Kuba verhindert. Wenn die Wall Street und ihre Lieblinge (Batista war nur der letzte von ihnen) dafür gesorgt hätten, daß in Kuba die abwesenden Großgrundbesitzer durch unabhängige Farmer ersetzt und die Leibeigenschaft der Landarbeiter abgeschafft worden wären, so wäre ein gewichtiges Motiv für die Revolution dahingefallen. Als die Revolution einmal ein fait accompli war, hätte der USA-Präsident ein

freundliches Wort mit Castro reden sollen, etwa derart: «Wir haben gesündigt und sind zum Teil für eure Revolution verantwortlich. Nach der spanischen Herrschaft kauften wir euer Land für einen Pappenstiel. Wir unterstützten Batista und andere seinesgleichen und profitierten davon, daß sie euer Volk ausbeuteten. Das tut uns leid. Wir bitten um Verzeihung. Wir wollen euch nun behilflich sein, in Kuba eine echte Demokratie aufzubauen. Weil wir verantwortlich sind, werden wir eure enteigneten Bodenbesitzer und Ölraffinerien entschädigen. Wir werden weiter euren Zucker abnehmen und euch helfen, eure Wirtschaft auf die Beine zu bringen, Schulen und Spitäler zu bauen, einen feinen Gesundheitsdienst zu errichten und ein Wohnbauprogramm auszuarbeiten, *damit soziale Gerechtigkeit geschehe.*

Unser Anerbieten enthält keine Bedingungen. Ihr seid frei, eigene Wege zu gehen und eure Insel zu regieren, wie es euch paßt. Wir werden unseren Marinestützpunkt auf Kuba aufgeben und euch in keiner Weise molestieren, einschüchtern oder bedrohen. Falls ihr ein gewisses Maß an Sozialismus wollt, so ist das eure Sache, wie es die Sache Englands oder Schwedens ist. Ihr seid unsere Brüder und Schwestern, und wir wünschen euch herzlich alles Gute.»

Dies wäre die Haltung eines Staatsmannes gewesen.

Was in Wirklichkeit geschah, war eine Fortsetzung der schmutzigen Wall-Street-Politik und die Verantwortlichen bekamen, was sie verdienten. Sie haben es nur sich selbst zu verdanken. *R. Little*

WELTRUNDSCHAU

Friedensstrategie? Die *Außenpolitik der Vereinigten Staaten* hat in den letzten Wochen wiederum viele Leute durch ihre anscheinende oder wirkliche Widersprüchlichkeit verwirrt. Ihr Hauptsprecher, Präsident Kennedy, hatte am 10. Juni in der Universität Washington eine Rede gehalten, die als eine Art Friedenskundgebung im Geist des letzten Rundschreibens von Papst Johannes aufgefaßt werden konnte. Er sprach darin von der Notwendigkeit, über den Kalten Krieg hinauszukommen, die gegenseitigen Vorwürfe im Verkehr der beiden großen Mächtegruppen einzustellen, den Friedenswillen auch der Russen anzuerkennen, mit denen Amerika nie Krieg geführt habe, und die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion neu zu «überprüfen». Nachdrücklich redete er einer «Friedensstrategie» der NATO das Wort und versprach, daß die Vereinigten Staaten nicht als erste Macht die Atomwaffenversuche in der Luft wiederaufnehmen, vielmehr eine ernste Anstrengung machen würden, um mit der Sowjetunion zu einem Abkommen über den beidseitigen Verzicht auf alle Versuche mit Kernwaffen zu gelangen.